

Kommunales Handeln beim Flächenmanagement

Anja Brandl

(Anja Brandl, Universität Leipzig, Jahnallee 59, 04109 Leipzig, brandl@wifa.uni-leipzig.de)

1 AUSGANGSLAGE

Die grundgesetzlich verankerte Selbstverwaltungsautonomie nach Art. 28 GG erlaubt Städten und Gemeinden, eigenständig über ihr Wohl zu entscheiden, unabhängig von den Entwicklungen in den Nachbargemeinden. Dieses Eigennutzverhalten führt oftmals zu konkurrierenden Entwicklungen (u. a. eine nicht abgestimmte Flächenpolitik). Die ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse führen immer stärker zu einem Absinken der wirtschaftlichen Aktivitäten auf Grund und Boden. Die damit größer werdenden (finanziellen) Belastungen für die kommunalen Haushalte (z. B. bei der Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen bzw. durch Steuermindereinnahmen) schränken den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden sehr stark ein. Es stellen sich neue Herausforderungen für die Akteure vor Ort und damit neue Anforderungen an die raumstrukturellen Entwicklungen (BBR 2003: 3).

Vor dem Hintergrund eines relativ großen, nicht genutzten Bestandes an Siedlungsflächen (insbesondere in Ostdeutschland) und den damit verbundenen Problemen einerseits und den neuen Anforderungen andererseits ist ein interkommunal abgestimmtes Vorgehen unabdingbar. Damit verbunden ist das Verständnis für das Agieren der Nachbargemeinden. Indem jede Kommune für sich allein handelt und bspw. ein Gewerbe- oder Wohngebiet entwickelt, unabhängig ob ein unterausgelastetes Gebiet in einer Nachbargemeinde existiert, kommt es vor allem in von Schrumpfung betroffenen Regionen zu Flächenkonkurrenzen um die verbliebenen wenigen Einwohner, Investoren und Fördermittel. Für ein (bewusstes) regionales Verständnis, müssen die Konsequenzen des eigenen Handelns (z. B. negative (finanzielle) Effekte) aufgezeigt werden, um einen effizienten und optimalen Umgang mit den Finanzressourcen zu erreichen (z. B. Bündelung von Finanzmitteln und Infrastruktureinrichtungen) und sich im globalen Wettbewerb Vorteile zu sichern.

2 KOMMUNALES HANDELN BEIM FLÄCHENMANAGEMENT

2.1 Kommunale Aufgabenerfüllung

Die kommunale Aufgabenerfüllung unterliegt unterschiedlichen Einflüssen, die zu einem Bedeutungswandel der Kommunen führen. Neue Herausforderungen zeigen sich durch den demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandel, den technischen Fortschritt, steigende Arbeitslosenzahlen, die wachsende Bedeutung von Umweltschutz, wachsendes Verkehrsaufkommen, die Zuwanderungspolitik, Ver- und Entsorgungsanforderungen sowie die wachsende Bedeutung sozialer Sicherungssysteme (Zacharias 1998: 11). Die Kommunen übernehmen dabei Versorgungs-, Leistungs-, Fürsorge-, Vollzugs- und Planungsfunktionen. Das kommunale Entscheidungssystem wird dabei geprägt durch gesetzliche Vorgaben, Richtlinien und Verflechtungszusammenhänge (Bogumil, Holtkamp 2006: 50). Das Agieren von Gemeinden lässt sich durch das Recht auf Selbstverwaltung charakterisieren. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG zeigt aufgrund der Kompetenzabgrenzung, dass die Kompetenzen an der Gemeindegrenzen enden und dass keine rechtlichen Bindungen (z. B. in der Planung) zur Nachbargemeinde existieren (Falk 2006: 137). „Die lokale Ebene ist also die Ebene flächendeckender Mitwirkungsmöglichkeiten.“ (Bogumil, Holtkamp 2006: 9).

Der kommunale Wandel zeigt sich durch „Globalisierung, Europäisierung, Ökonomisierung/Privatisierung, Verwaltungsreform und Demokratisierung“ (Wollmann, Roth 1999: IX). Gerade ökonomisch motivierte Handlungen prägen das Agieren der Kommunalpolitik. Lokal angepasste Antworten sind notwendig, doch oftmals fehlt es kommunalen Verantwortungsträgern an den finanziellen Voraussetzungen der Umsetzbarkeit. Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Staat, Markt und Gesellschaft hat somit Auswirkungen auf das kommunale Handeln (Wollmann, Roth 1999: X).

Einen wichtigen politischen Einfluss auf die kommunalen Politikfelder hat die Europäische Union (EU). Notorisch finanzknappe Kommunen können durch Fördermittel der EU ihre Haushaltsslage verbessern und somit einige wenige aber wichtige Investitionen tätigen (Wollmann, Roth 1999: IX). Problematisch hierbei ist jedoch der Teufelskreis aus wenig liquiden Finanzmitteln der Kommunen und notwendigen Eigenmitteln zur Abrufung von Fördergeldern. Daraus ergaben sich in den letzten Jahrzehnten Notwendigkeiten,

kommunale Aufgabenfelder umzustrukturieren und klassische Aufgaben der Daseinsvorsorge zu privatisieren (z. B. Wasserversorgung, Müllabfuhr).

Welche Aufgaben originär in kommunaler Verwaltung liegen müssen, ist heute umstrittener denn je. Es existiert „kein gegenständlich bestimmter oder nach feststehenden Merkmalen bestimmbarer Aufgabenkatalog, wohl aber die Befugnis, sich aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht durch Gesetz bereits anderen Trägern öffentlicher Verwaltung übertragen sind, ohne eines besonderen Kompetenztitels anzunehmen.“ (Schmidt-Eichstaedt 1999: 332) Vielmehr richtet sich die Ausübung der Aufgaben nach der jeweiligen Situation der Städte und Gemeinden (Größe, Standort, Finanzen) (Werner-Jensen 2006: 41). Zwar sind die Kommunen nicht dazu verpflichtet, unbegrenzt Aufgaben zu erfüllen (Schoch 2006: 35), „zu Beginn des neuen Jahrtausends sind [jedoch] viele Kommunen in Deutschland kaum noch handlungsfähig und stehen zunehmend unter strenger staatlicher Finanzaufsicht.“ (Bogumil, Holtkamp 2006: 48).

Eine erste Annäherung an kommunale Aufgabengebiete lässt sich grob durch die Funktionen der kommunalen Selbstverwaltung und der Zuweisung der Rechtsordnung der Kommunen erzielen. Als Träger der örtlichen Verwaltung hat eine Kommune sowohl Eigenverwaltungs- als auch Fremdverwaltungsaufgaben wahrzunehmen. Rund 90 - 95 % der kommunalen Aufgaben sind heute nach Schätzungen Fremdverwaltungsaufgaben (entweder Auftragsangelegenheiten oder Organleihe).

Die Aufgabenstruktur der Kommunen unterscheidet sich in den einzelnen Bundesländern. Grundsätzlich lassen sich drei Aufgabenkategorien abgrenzen (Lohse 2006: 47 f; Schoch 2006: 31 ff.):

- Weisungsaufgaben (Pflichtaufgaben nach Weisung),
- Weisungsfreie Pflichtaufgaben (haben Entscheidungsspielräume bei der Aufgabenerfüllung, abhängig von der gesetzlichen Regelung),
- Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben (liegen im Ermessen der Kommune; Aufgabenerfüllung erfolgt nach Handlungsspielraum der Kommune).

Zacharias ordnet als originäre kommunale Aufgaben die freiwilligen und pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben zu (Zacharias 1998: 107 f), da hier der größte kommunale Gestaltungsspielraum existiert und kommunale Ziele gesetzt werden können (Bogumil, Holtkamp 2006: 52). Über die Wahrnehmung dieser Aufgaben entscheiden allein die finanziellen Möglichkeiten einer Kommune nach Erfüllung **aller** Pflichtaufgaben (Lohse 2006: 48). Bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben haben gerade rechtliche Vorgaben aus EU, Bund und Land den kommunalen Finanzrahmen sehr eingeengt (u. a. auch unter der Prämisse der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse) (Bogumil, Holtkamp 2006: 52). Durch die zunehmende Haushaltskrise müssen Kommunen die notwendigen Einsparungen insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben vornehmen aber auch ihre Investitionen nach den Förderprogrammen der Länder ausrichten, um überhaupt etwas finanzieren zu können (Bogumil, Holtkamp 2006: 217; Raschke 2004: 221). Die Betrachtung der heutigen Ausgabenstruktur lässt erkennen, dass über 60 % der kommunalen Ausgaben¹ zweckgebunden, d. h. nicht steuerbar sind. Einen sogenannten Finanzpuffer bieten lediglich die Sachinvestitionen, zu denen vor allem kommunale Baumaßnahmen wie Straßenbau oder Neubau sozialer Infrastrukturen (Schulen, Kindertagesstätten, Sportstätten) zählen. Einsparungen bei diesen Ausgaben zeigen sich in den viel beobachteten Investitionsstaus bei öffentlichen Bauten (Lohse 2006: 50 ff.).

Kommunen verfügen über drei wesentliche Einnahmequellen: Steuern², Entgelte aus Gebühren und Beiträgen³ sowie staatliche Zuschüsse⁴. Dabei zeigen sich strukturelle Unterschiede in Ost- und Westdeutschland: in Ostdeutschland sind über 50 % der Einnahmen staatliche Zuschüsse, wohingegen in Westdeutschland ca. 35 % aus Steuern und ca. 27 % aus staatlichen Zuschüssen eingenommen werden (Lohse 2006: 53). Die Abhängigkeit der Kommunen von Bund und Ländern sind aber verfassungsrechtlich

¹ Dies betrifft insbesondere die Personal-, die laufenden Sachausgaben und die sozialen Leistungen.

² Insbesondere die sogenannten Realsteuern nach Art. 106 Abs. 6 GG wie Gewerbe- und Grundsteuer sowie kleinere Verbrauchs- und Aufwandssteuern, aber auch Anteile an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer.

³ Für die Inanspruchnahme kommunaler Dienstleistungen. Vgl. hierzu auch Wätzel 1998.

⁴ Einerseits zweck- bzw. bedarfsgebundene Zuweisungen der Länder innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs und andererseits Investitionszuweisungen.

so gewollt.⁵ Über eine Zweckbindung von Zuweisungen können Bund und Länder raumordnungspolitische oder sonstige Lenkungseffekte erzielen (Lohse 2006: 55).

Die Ansiedlung erfolgreicher Wirtschaftsunternehmen und einkommensstarker Einwohner begünstigt die Höhe der Steuereinnahmen. Hier hat die Kommunalpolitik noch eine gewisse Einflussnahme, indem sie bei Gewerbe- und Grundsteuern ein Hebesatzrecht ausüben kann. Die Gewerbesteuer ist für große und größere Städte mit konzentrierter Wirtschaft von besonderer Bedeutung, wohingegen für die kleinen und kleineren Gemeinden die Einkommensteuer aufgrund ihrer „Wohnfunktion“ wichtig ist (Robert 2004: 42 f). Vielfach wird in der Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen durch zusätzliche Wirtschaftsansiedlungen eine Möglichkeit der Haushaltskonsolidierung gesehen, wobei vergessen wird, „dass die Gewerbesteuer zu einer geringeren Schlüsselzuweisung, zu einer höheren Kreisumlage und Gewerbesteuerumlage führt, sodass unter Berücksichtigung der Aufwendungen für Wirtschaftsförderung und Infrastrukturmaßnahmen nur noch begrenzt von Konsolidierungseffekten die Rede sein kann. Demgegenüber kann der kommunal gestaltbare Gewerbesteuerhebesatz schon eher Konsolidierungseffekte erbringen.“ (Bogumil, Holtkamp 2006: 144 f) Verstärkt zu verzeichnende extreme Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer sind vielfach auf die Einflussnahme der Aufsichtsbehörden zurückzuführen (Bogumil, Holtkamp 2006: 145), um z. B. einem Haushaltssicherungskonzept zu entgehen herbeizuführen. Dazu reicht es aus, zukünftig „viele neue Bebauungspläne auszuweisen“ und den „Planwertzuwachs bei den privaten Eigentümern [abzuschöpfen].“ (Bogumil, Holtkamp 2006: 149)

Weisungsaufgaben = Pflichtaufgaben nach Weisung	Weisungsfreie Pflichtaufgaben	Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben
Ausländerangelegenheiten	Abfallbeseitigung	Altenförderung (z. B. Altentreffs)
Bauaufsichtsrecht	Abwasserbeseitigung	Bürgerhäuser
Denkmalschutz	Bauleitplanung (Bebauungspläne)	Grün- und Parkanlagen
Feuerschutz	Gemeindestraßen	Förderung von Vereinen, Sportstätten, Spielplätzen
Landesvermessung	Förderung des Wohnungsbaus	Jugendeinrichtungen
Meldewesen/-recht	Jugendhilfe	Kulturbereich (Museen, Theater, Büchereien etc.)
Ordnungsangelegenheiten/-recht	Kindergärten	Schwimmbäder/Sportanlagen
Zivilschutz/Gefahrenabwehr	Schulverwaltung/Schulbauten	Städtepartnerschaften
...	Volkshochschulen	Verkehrsbetriebe
...	Wohngeld	(kommunale) Wirtschaftsförderung
...

Tab. 1: Auswahl kommunaler Aufgaben (eigene Darstellung)

2.2 Kommunale Flächenpolitik

Flächenpolitik ist zunächst eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe im Rahmen der Planungshoheit einer Gemeinde gem. Art. 28 GG. Zugleich existiert das Gebot zur Anpassung an die Ziele und Grundsätze der Bundesraumordnung. Im Rahmen ihrer „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ fordert die Bundesregierung einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource „Boden“, indem zukünftig die Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen erheblich reduziert werden soll (bis 2020 auf 30 ha/d) (Bundesregierung 2002: 99). Allerdings wurde bisher kein nennenswerter Fortschritt beim nachhaltigen Umgang mit Fläche erreicht (Bundesregierung 2008: 15). Im Rahmen seiner Weisungsbefugnisse gibt der Bund die Umsetzung der bundespolitischen Zielstellung in die Hände der nachgeordneten Steuerungsebenen (Land, Region und

⁵ Vgl. Art. 106 Abs. 7 GG.

Kommune). Vor allem die kommunale Bauleitplanung muss sich verstärkt den flächenpolitischen Herausforderungen stellen, die mit dem 30-ha-Ziel verbunden sind. In jüngerer Zeit fanden wissenschaftliche und planungspolitische Auseinandersetzungen statt, inwieweit und wie sich die flächenpolitischen Zielstellungen operationalisieren lassen (vgl. hierzu auch die Ansätze einer Flächensparstrategie des Freistaates Sachsen: Verteilung der 30-ha-Vorgabe über die Inbeziehungsetzung der Einwohner- und/oder Flächengröße zur bundesdeutschen Gesamtzahl). Neben dem quantitativen 30-ha-Ziel ist auch die Verdichtung des Siedlungskörpers (Innen- vor Außenentwicklung) ein wichtiges Ziel zur Flächenreduzierung.

Städte und Gemeinden treffen ihre flächenpolitischen Entscheidungen unter zum Teil schwierigen Rahmenbedingungen (vgl. Kap. 3.1). Gerade die finanzielle Situation hat einen wesentlichen Einfluss auf die kommunale Flächenpolitik. Zunächst haben Städte und Gemeinden kein „Flächenbewusstsein“. Sie agieren zwar in einem „mehrdimensionalen Raum“ (mit Flächenbezug), verfolgen aber originär ganz andere (Entwicklungs-)Ziele: Stabilisierung der Bevölkerung, Stärkung der Wirtschaftskraft, ausgeglichene Haushalte, Vermeidung von Fehlinvestitionen oder auch Wiederwahl. Die genannten originären Ziele weisen aber indirekt immer einen Flächenbezug und damit eine flächenpolitische Konsequenz auf.

Nach der politischen Wende 1990 versuchten viele ostdeutsche Städte und Gemeinden durch eine progressive Ausweisungspolitik die strukturellen Nachteile gegenüber Westdeutschland auszugleichen. Dabei sind sie bei der Flächenbereitstellung i. d. R. in Vorleistung gegangen (Bauleitplanung). Die fehlende Nachfrage nach Wohn- und Gewerbestandorten hat jedoch dazu geführt, dass heute viele nicht- oder unterausgelastete planungsrechtlich gesicherte Flächen (sog. Planungsbrachen) existieren. Ein stetiger Flächenverbrauch geht einher mit zunehmend brachliegenden Wohn- und Gewerbegebieten sowie unverhältnismäßigen Infrastruktur- und Verkehrssystemen, bei gleichzeitig weiterhin z. T. starken strukturellen Defiziten (wie hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung).

Während bei Bevölkerungswachstums ein „gesunder“ interkommunaler Wettbewerb um potenzielle Investoren und Einwohner durch eine Vorratshaltung von Flächen begründbar ist, führt er unter Schrumpfungsbedingungen möglicherweise zu einem ruinösen Wettbewerb. Kommunale Investitionen laufen ins Leere, und gefährden damit die politischen Ziele zur Erhöhung des Allgemeinwohls. Nur die gemeinsame und bewusste Verfolgung der gesamtgesellschaftlichen Ziele Gewährleistung einer hohen „Lebensqualität“, „Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ und nachhaltiger Umgang mit „Fläche“ ermöglicht eine Erhöhung des Allgemeinwohls.

3 ABLEITUNG VON ZUSAMMENHÄNGEN

Im Rahmen der hier vorgestellten Arbeit soll ein Modell entwickelt werden, welches Abhängigkeiten und Zusammenhänge zwischen relevanten kommunalen Aufgaben beim Flächenmanagement aufzeigt. In einem ersten Schritt wird analysiert und geprüft, welche Methoden und Verfahren die vorhandenen Bedingungen realistisch abbilden können. Neben der Diskussion der Systemtheorie werden multivariate Verfahren der Statistik auf ihre Interpretationsfähigkeit untersucht. Die Grundlage hierfür bildet ein Datenpool aus Daten der Amtlichen Statistik von ca. 230 Gemeinden im Raum Leipzig-Halle für die Jahre 1996 bis 2007.

Die Systemtheorie und insbesondere die Kybernetik „beschäftigt sich mit der Erforschung, der mathematischen Darstellung und der Anwendung von Strukturen (Funktionen, Theorien), die in verschiedenen Wirklichkeitsbereichen realisiert sind.“ (Cube 1971: 163) Es werden offene und geschlossene sowie dynamische, komplexe und iterative Systeme unterschieden (Koch 2004: 7). Stadt-Umland- bzw. Räumliche Systeme haben eine funktionale Ausrichtung. Sie „bestehen aus Kommunikationen⁶ und ihren Zurechnungen als Dimensionen.“ (Koch 2004: 312)

Bei der Untersuchung der statistischen Verfahren wird auf eine Kombination von deskriptiver und analytischer Statistik zurückgegriffen. Zunächst wird eine Beschreibung und Charakterisierung der wichtigen relevanten Kennzahlen (z. B. Einwohnerentwicklung, Steuereinnahmen, Flächenentwicklung) bspw. durch die Bildung von Durchschnittswerten vorgenommen. Anschließend erfolgt die Analyse von Zusammenhängen zwischen den gewählten Variablen. Im Vorfeld der Datenauswertung werden Hypothesen aufgestellt, die die vermutete Wirkung potenzieller Einflussfaktoren ausdrücken (Schneider 2004: 274). Die Unterteilung in unterschiedliche Parametergruppen hilft, komplexe Zusammenhänge in einem integrativen

⁶ Kommunikationen bestehen aus einer Synthese von Netzwerken, Plätzen und Lokationen. Vgl. Koch 2004: 323.

Gesamtmodell⁷ darzustellen und zu messen. Die Messung kann u. a. mit Hilfe des faktoranalytischen Ansatzes durchgeführt werden. Hierzu werden Indikatoren herangezogen, die in hohem Maße miteinander korrelieren und kovariieren sowie darüber hinaus ursächlich auf einen Zusammenhang dahinter stehender Faktoren zurückzuführen sind (Backhaus et al. 2003: 340 ff.). Zur Validierung der Variablen werden grundsätzlich mind. zwei Indikatoren benötigt (Schneider 2004: 279). Mit Hilfe von Korrelations- und Regressionsmaßen können statistische Zusammenhänge und Abhängigkeiten von Merkmalen berechnet werden (Adam, Helten, Scholl 1970: 94). Deskriptive Statistik kann aber – im mathematischen Sinn – keine exakten Beweise liefern, sondern nur Hinweise auf Zusammenhänge geben. Der Pearson-Korrelationskoeffizient bspw. unterstellt lineare Zusammenhänge, daher sollte er nur als erste (grobe) Näherung genutzt werden.

Die Modellbildung erfolgt abschließend über die Definition kausaler Zusammenhänge (Hypothesen) zur Ableitung von Abhängigkeiten und Gewichtungen und soll in Form einer Abhängigkeitsmatrix (vgl. Fig. 1) abstrahiert werden. Somit lassen sich starke und weniger starke Zusammenhänge abbilden. Im Ergebnis stehen prozentuale oder relative Werte, wie hoch eine Variable von einer anderen abhängt.

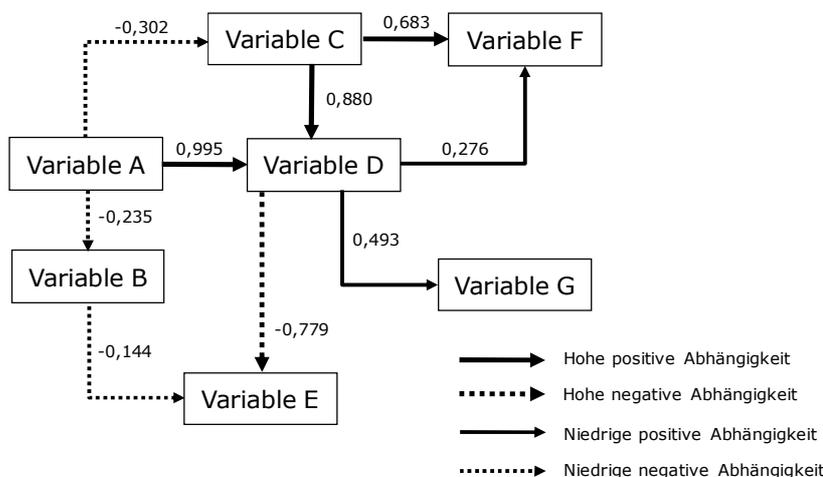


Fig. 1: Abstrahierte Abhängigkeitsmatrix (eigene Darstellung)

Eine Visualisierung z. B. in einem Geographischen Informationssystem (GIS) kann den Kommunen helfen, mögliche negative Effekte des eigenen Handelns auf die Region besser wahrzunehmen und zu verstehen.

4 ZUSAMMENFASSUNG

Als Teil einer Region gibt die Kommune mit ihrem Handeln den Ausschlag für die regionale Entwicklung. Das Eigennutzverhalten von Kommunen führt aber oftmals zu konkurrierenden Entwicklungen in einer Region. Diese Entwicklungen äußern sich u. a. in einer nicht abgestimmten Flächenpolitik. Unter den gegebenen strukturellen Veränderungen (Bevölkerungsrückgang, angespannte finanzielle Haushalte) stellen sich neue Herausforderungen an die raumstrukturelle Entwicklung und damit an kommunale Handlungen. Das Aufzeigen negativer (finanzieller) Effekte durch den Konkurrenzkampf um Einwohner, Investoren und Fördermittel stößt einen Denkprozess an, wie mit den wenigen Finanzressourcen effizient und optimal umgegangen werden sollte.

Mit unterschiedlichen Methoden und Verfahren lassen sich Abhängigkeiten zwischen relevanten kommunalen Aufgaben beim Flächenmanagement analysieren. Zur Ableitung dieser Abhängigkeiten werden Kennzahlen aus Daten der Amtlichen Statistik entwickelt. Die Überprüfung der Abhängigkeiten erfolgt durch die Definition kausaler Zusammenhänge. In Form einer Abhängigkeitsmatrix können starke und weniger starke Zusammenhänge modellhaft dargestellt werden.

5 REFERENZEN

Adam, Adolf; Helten, Elmar; Scholl, Friedrich: Kybernetische Modelle und Methoden. Köln und Opladen, 1970.

⁷ Erster Schritt: Erstellung eines Strukturmodells, welches den Zusammenhang der Hypothesen abbildet; zweiter Schritt: Erarbeitung eines Messmodells, welches die Verknüpfung zwischen Indikatorvariablen und den Hypothesen aufzeigt. Vgl. Schneider 2004, 277; Backhaus et al. 2003: 334.

- Backhaus et al.: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin, 2003.
- Bahrenberg, G.: Statistische Methoden in der Geographie 2. Stuttgart, 2008.
- Bahrenberg, G.: Statistische Methoden in der Geographie 1. Stuttgart, 1999.
- Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung – eine policyorientierte Einführung. Wiesbaden, 2006.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Werkstatt: Praxis Heft 1/2003. Bonn, 2003.
- Cube, Felix v.: Was ist Kybernetik? München, 1971.
- Die Bundesregierung: Für ein nachhaltiges Deutschland. Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Berlin, 2008.
- Die Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin, 2002.
- Falk, Matthias: Die kommunalen Aufgaben unter dem Grundgesetz. Baden-Baden, 2006.
- Hanff, J.: Abhängigkeiten zwischen Objekten in ingenieurwissenschaftlichen Anwendungen. Aachen, 2003.
- Koch, Andreas: Dynamische Kommunikationsräume. Münster, 2004.
- Lohse, Frank: Kommunale Aufgaben, kommunaler Finanzausgleich und Konnexitätsprinzip. Baden-Baden, 2006.
- Raschke, Marc; Schubert, Klaus: Quo vadis „Konzern Stadt“? – Das Beispiel Münster. In: Robert, Rüdiger; Kevenhörster, Paul (Hrsg.): Kommunen in Not – Aufgaben und Finanzverantwortung in Deutschland, S. 219-235. Münster, 2004.
- Robert, Rüdiger: Reform der Kommunal Finanzen zwischen „Flickschusterei“ und „großem Wurf“. In: Robert, Rüdiger; Kevenhörster, Paul (Hrsg.): Kommunen in Not – Aufgaben und Finanzverantwortung in Deutschland, S. 35-73. Münster, 2004.
- Schmidt-Eichstaedt, Gerd: Autonomie und Regelung von oben. In: Wollmann, Hellmut; Roth, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik – Politisches Handeln in den Gemeinden, S. 323-337. Opladen, 1999.
- Schneider, Helmut: Steuerhinterziehung aus Perspektive der Marketingwissenschaft. Eine empirische Analyse zu den Ursachen der Steuerhinterziehung von Privatpersonen. In: Robert, Rüdiger; Kevenhörster, Paul (Hrsg.): Kommunen in Not – Aufgaben und Finanzverantwortung in Deutschland, S. 271-295. Münster, 2004.
- Schoch, Friedrich: Stand der Dogmatik. In: Henneke, Hans-Günter; Meyer, Hubert (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung zwischen Bewahrung, Bewährung und Entwicklung, S. 11-57. Stuttgart u. a., 2006.
- Wätzel, Stefanie: Effiziente Gestaltung der Phasen gemeindlicher Aufgabenerfüllung durch Mitwirkung Privater. Frankfurt am Main, 1998.
- Werner-Jensen, Alma: Planungshoheit und kommunale Selbstverwaltung, Kommunalrecht - Kommunalverwaltung Band 49, Baden-Baden, 2006.
- Wollmann, H.; Roth, R. (Hrsg.): Kommunalpolitik – Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen, 1999.
- Zacharias, Diana: Die Entwicklung der kommunalen Aufgaben seit 1975, dargestellt am Beispiel des Kreises Mettmann. Düsseldorf, 1998.